

Parteitag der DKP, Mörfelden, 2. März 2013

Diskussionsbeitrag von Klaus Stein, Kreisvorsitzender Köln

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Diskussion, die wir hier führen, hat den Mangel, dass die Beteiligten sich nicht aufeinander beziehen. Unausgesprochen bleibt, dass wir Mitglieder verlieren. Die Energie, mit der unser Streit ausgefochten wird, ist doch ein Resultat des Mitgliederschwunds, der unsere Zukunft bedroht und wie eine Wand auf uns zukommt. Im Bericht von 2010 war von 3700 Genossinnen und Genossen die Rede, mittlerweile dürften es 3500 sein.

In Köln wohnen über eine Million Menschen.

200 000 sind arm.

130 000 Kölner Haushalte haben Anspruch auf Sozialwohnungen, der nicht erfüllt wird. Die Mieten steigen, weil 20 000 Wohnungen fehlen. Bei den Neuvermietungen um vergangenen Jahr um 10%.

Mehr als 100 000 Kölner über 18 sind überschuldet.

Immer mehr Rentner müssen arbeiten. In Köln ist die Zahl der Ruheständler mit Minijob auf 10 000 angestiegen.

60 000 Kölnerinnen und Kölner sind offiziell arbeitslos.

Aber die Kölner DKP hat nur 85 Mitglieder.

Das ist zu wenig. Die erste Voraussetzung unserer Wirksamkeit ist unser Überleben als Partei. Glücklicherweise haben das auch noch andere Kölnerinnen und Kölner so bewertet und sind in die DKP eingetreten. Allein in die Innenstadtgruppe in den letzten vier Jahren 16. Im vergangenen Jahr waren es sieben neue Genossinnen und Genossen.

Wie machen wir das?

Wir mussten feststellen, dass nicht jede der fünf Kölner Parteigruppen in der Lage war, Mitglieder aufzunehmen. Voraussetzung ist, dass sie sich regelmäßig in öffentlichen Räumen trifft, dazu schriftlich einlädt. Die MV muss attraktiv sein, für Mitglieder und Gäste. Hier müssen die Genossinnen und Genossen Gelegenheit haben, sich politisch zu verständigen. Die Gruppe muss für eine gewisse Öffentlichkeit sorgen, Flugblätter formulieren, herstellen und verteilen, Infostände organisieren, UZ verkaufen - und das nach Möglichkeit regelmäßig und an gut ausgewählten Plätzen. Wer so was lange nicht mehr gemacht hat, erfährt auch nicht, dass sich mittlerweile das politische Klima auf der Straße geändert hat. Die Gruppe braucht einen Vorstand, der die MVs politisch vorbereitet und dafür sorgt, dass der Atem noch dafür reicht, sich kulturell zu betätigen und zu feiern. Das machen wir. Wer es nicht glaubt, kann sich auf unserer attraktiven Website erkundigen, www.dkp-koeln.de.

In der Regel haben wir auch interessante Kreisvorstandssitzungen, dafür sorgt ein Kreissekretariat. Zu unseren KV-Sitzungen laden wir häufig Gäste ein, in den letzten Monaten haben wir uns beispielsweise von Occupiern über den ESM informieren lassen, von einem Vertreter der örtlichen IG Metall über Leiharbeit, von der PDL-Ratsfraktion über Wohnungspolitik und den städtischen Haushalt, von den belgischen Genossen aus Genk über die dortigen Kämpfe gegen die Schließung der Ford-Werks.

Bei der Gelegenheit haben wir nach Jahrzehnten erstmalig wieder und wiederholt vor Ford gestanden, wo 17 000 Menschen arbeiten. Bei Ford gibt es Umsatzeinbrüche. Wir werben für Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit.

Vielleicht ist eine Besonderheit in Köln, dass hier eine aktive und clevere Gruppe von SDAJlern erfolgreich unter Schülern und jungen Arbeitern wirkt. Tatsächlich ist eine Reihe von ihnen in die DKP eingetreten. Wir haben seit Jahren ein sehr gutes Verhältnis zur Kölner

SDAJ. Sie war führend bei den Bildungsstreiks, hat anlässlich der Aktionen des Bündnisses UmFAIRteilen ein Jugendbündnis zustande gebracht. Wir haben die jungen Genossinnen und Genossen in ihren antifaschistischen Aktivitäten „Grundgesetz und Demokratie verteidigen, NPD verbieten“ unterstützt. Indessen wurde just diese Losung von führenden SDAJlern als revisionistisch abgelehnt.

Mittlerweile käme keiner auf die Idee, Parteigruppen zusammenzulegen. Jetzt treffen sich die fünf Kölner Gruppen regelmäßig. Zwei bringen Wohngebietszeitungen heraus, die dritte fängt gerade damit an. Stoff gibt es genug.

Gegenwärtig beschäftigt uns der städtische Haushalt. Die Stadt und SPD/Grüne, die dort die Mehrheit haben, wollen im Zuge von Schuldenbremsen und Fiskalpakt rabiate Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich durchsetzen. Aber es entwickelt sich Protest. Und wir sind aktiv dabei. In 14 Tagen soll eine Kundgebung stattfinden.

Aber nicht nur in Köln wird gekürzt. Es betrifft alle Städte und Gemeinden. Wir erfahren davon zu wenig, zu wenig von Protesten dagegen und wie sie zu organisieren sind. Dazu wäre Beratung dringend fällig.